

Nummer 23 — 23. Jahrgang
6 mal wöchentl. Bezugspreis für Januar 3.50 Rent.-Mark
Anzeigen: Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark
Preis: Die eingetragene Zeitungs- 20 S. Familien- u.
Vereinsanzeigen, Gelbdruck 15 S. Die 1. u. 2. Klassezeitung
80 mm breit, 1. C. Offensivgebühr für Selbstabholer 15 S.
bei Lieferung durch die Post außerdem Portozuschlag.
Preis für die Einzelnummer 15 Renten-Pfennig.
Gesamthändler: Hotel Hofmann, Dresden

Sonntag, den 27. Januar 1924
Am Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf
Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und
Bestellung von Schabernack. Für unvollständig und durch
Vergessen übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Unbestimmt eingehende und mit Rückporto
nicht versehene Rundbriefe werden nicht aufbewahrt
Sprechstunde der Redaktion 8 bis 6 Uhr nachmittags
Gesamthändler: Dr. Josef Albert, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verleger: Dr. Josef Albert, Dresden, Postfach 116, Holbeinstr. 48
Vertrieb: Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •
Redaktion: Dresden, Postfach 116, Holbeinstr. 48

Der Optimismus Mac Kennas

Die Möglichkeit der Verpachtung deutscher Eisenbahnen an private Gesellschaften — Festige Zusammenhänge in der französischen Kammer — Bayern in Erwartung des Rücktritts v. Kahr und v. Löffows

Das Problem der deutschen Eisenbahnen

Paris, 26. Januar. Die Sachverständigen des Komitees Dames haben gestern früh 24 Stunden über das Problem der deutschen Eisenbahnen beraten. Sie vernahmen den englischen Eisenbahnsachverständigen Keworth und seinen französischen Kollegen Leveque. Die Beratungen bezogen sich hauptsächlich auf die Möglichkeiten der Ausdehnung des deutschen Eisenbahnnetzes. Weiter wurde die Möglichkeit erörtert, die Eisenbahnen an private Gesellschaften zu verpachten. Gestern nachmittags hat sich der Ausschuss um 4 Uhr wieder versammelt und auch die beiden Sachverständigen bei dieser Gelegenheit wieder vernommen. Die Sitzung wurde um 6 Uhr beendet. Heute früh wird das Komitee voraussichtlich zu einer neuen Sitzung zusammengetreten. Montagabend reist es nach Berlin ab und wird, wie hier verlautet, im Hotel Uplande absteigen. Die Sachverständigen dürften Gäste der Reichsregierung sein.

London, 26. Januar. Mac Kennas, der englische Vertreter und Vorsitzende im 2. Sachverständigenausschuss der Reparationskommission, der sich mit der Abwanderung des deutschen Kapital und Ausland beschäftigt, hat heute in einer Sitzung der Midlandbank in London über seine Eindrücke in Paris berichtet. Er erklärte, seiner Meinung nach würden die Arbeiten des Ausschusses Erfolg versprechen und geeignet sein, die letzten Schwierigkeiten im Reparationsproblem und die letzten Hindernisse, die sich dem endgültigen Frieden entgegenstellen, zu beseitigen.

Kapitalflucht und Währungs-Sanierung

Die Erörterungen über die angebliche Kapitalflucht haben, nachdem sich auch der Sachverständigen-Ausschuss in Paris mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat und sie in Berlin selber nachprüfen wird, in aller Welt eine erhöhte Aufmerksamkeit gefunden. Wie wir aus unterrichteten Kreisen hören, sind gerade in letzter Zeit erhebliche, im Ausland befindliche Werte nach Deutschland zurückgekommen. Das hängt mit der Stabilität der Währung zusammen, und aus der erwähnten Tatsache ergibt sich die Berechtigung der immer wieder an dieser Stelle geltend gemachten Behauptung, daß das beste Mittel, solche Kapitalien der Produktion wieder zuzuführen, die Gewinnung der wirtschaftlichen Verhältnisse im eigenen Lande ist. Die Fortschaffung deutscher Kapitalien nach dem Ausland wird in demselben Augenblick ein unrentables Geschäft, in welchem die Verhinderung der Abwanderung in fremden Dispositionen für die Aufrechterhaltung der Betriebe und die Befriedigung ihrer Kapitalbedürfnisse zwingt.

Die dritte Steuernotverordnung

Berlin, 26. Januar. An den gestrigen Beratungen des Reichskabinetts erließ die „D. A. Z.“, daß das Kabinett sich grundsätzlich für eine Ausweitung der Grunderwerbsteuer entschieden hat. Das bedeutet aber nur soviel, daß ein Verbot der Ausweitung nicht erfolgen wird, es bedeutet nicht, daß das Kabinett bereits Beschlüsse des Inhalts getroffen hat, in welcher Höhe eine Grunderwerbsteuer erhebt, keineswegs, daß es von Verstärkungen dieser Art absehen will. Diese Fragen sind noch nicht geklärt. Der Entwurf dieser dritten Verordnung hat zum wesentlichen Inhalt eine allgemeine Heranziehung der Grunderwerbsteuererträge. Im Laufe der gestrigen Beratungen sind in sehr vielen Einzelpunkten Veränderungen vorgenommen worden. Daran erklärt sich trotz der Heberejeinsamung im wesentlichen die Verzögerung der Entscheidung.

Berlin, 26. Januar. (Drahtbericht.) An der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts hat der vorliegende Entwurf der dritten Steuernotverordnung bereits in wesentlichen Punkten eine Abänderung erfahren. Im Reichsfinanzministerium wird heute an der neuen Fassung verschiedener Bestimmungen gearbeitet. Die endgültige Entscheidung über die Verordnung wird in einer am Dienstag, den 29. Januar, stattfindenden Kabinettsitzung fallen. Während der wesentlichen Entwurf die ganze Aufwertungsfrage aus der Verordnung herausnehmen und einen besonderen gesetzgeberischen Akt die Reichsregierung sich vorbehalten wollte, soll, wie der Deutsche Handelsdienst erklärt, nunmehr die Auswertung von Grunderwerb, Obligationen und sonstiger Forderungen, doch in beschränkter Weise durch die Verordnung erfolgen. Das Ausmaß der Verminderung der sogenannten Inflationsgewinne steht noch nicht endgültig fest. Es dürfte eine Verminderung von 7 bis 12 v. H. des Goldwertunterschiedes in Frage kommen.

Kammerdebatte über den Frankenanzug

Paris, 26. Januar. Die Aussprache in der Kammer über die neuen Finanzmaßnahmen wurde unter allgemeiner Spannung gestern nachmittags eröffnet. Poincaré war von sämtlichen Mitgliedern und Staatssekretären umgeben und auch die Abgeordneten hatten sich nahezu vollständig eingefunden. Der Berichterstatter Poincaré entwickelte die Schlussfolgerungen seines Berichtes und suchte insbesondere nachzuweisen, daß der Sturz des französischen Franken sowohl von der Verdrängung französischer Geschäftskreise für ausländische Devisen herkomme, wie auch von

der maßlosen Spekulation. Schließlich mögen die politischen Umtriebe des Auslandes auch zu einer Entwertung beigetragen haben. Der allgemeine Staatshaushalt sei völlig ausgeglichen. Dasselbe gelte allerdings nicht von dem Budget der wiedererlangbaren Ausgaben. Frankreich sei in seiner Hoffnung auf die Einzahlung deutscher Beiträge betrogen worden und habe selber Vorstöße auf die Reparationen leisten müssen. Dadurch habe das Ausland allerdings zu Unrecht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Frankreichs verkannt, was die Entwertung der französischen Währung nach sich gezogen habe. Es komme jetzt darauf an, sie durch geeignete Maßnahmen wieder zu heben, nämlich durch die Ausdehnung des außerordentlichen Guthabes, die nur mit Hilfe höherer Einnahmestellen und nur durch Verdrängung der Steuerhinterziehung denkbar wäre.

Im weiteren Verlauf seiner Rede spielte Poincaré auf die Finanzlage der Tschechoslowakei an, die Frankreich ein günstiges Beispiel biete. Die Einschränkung der Inflation habe in der Tschechoslowakei zunächst kein Ergebnis gezeigt. Allmählich wäre es indessen gelungen, die tschechische Währung durch die Ausgleichung des Budgets zu festigen. Auch Italien habe den Sturz des Lira unter Zustimmung zu dem Auslande des Guthabes und durch eine strenge Steuerpolitik rückgängig machen können. Was die anderen Länder angeht, wolle Frankreich auch vollbringen. Der Berichterstatter empfahl der Kammer, die Maßnahmen der Regierung zu billigen, sonst würde der Dollar von neuem steigen, die Lebensmittel sich nicht um 10 Prozent, sondern um 40-50 Prozent erhöhen.

Besonders interessant gestaltete sich die Ansprache des Abg. Zeitlinger, der daran erinnerte, daß trotz der optimistischen Erklärungen de Cassiniere von verpächterischer Seite ein neuer Frankenzug eingetroffen sei und man sich beeubelt, so sehr der Abgeordnete fort, daß die französischen Steuerzahler und nicht die Deutschen zur Bilanzierung des wiedererlangbaren Guthabes herangezogen werden sollen. Werden auch die Deutschen nicht eines Tages fragen: Wie habt ihr alle repariert, ihr laßt uns in Ruhe? Weisung auf der äußersten Linken.) Poincaré rief hier demgegenüber: Ich protestiere gegen diese Worte. Die unfernen Steuern können an die Hand gehen. (Widerspruch auf der äußersten Linken.) Zeitlinger erklärte weiter unter dem Beifall der äußersten Linken und der äußersten Rechten, daß die neuen Steuern im Lande eine allgemeine Inflation hervorzubringen müßten. Der Abgeordnete meinte, daß die französischen Wäner sich mit genügend Vorrat an Dollars hätten eindecken müssen. (Beifall aus dem Centrum; dazu muß man aber Geld haben.) Zeitlinger setzte dann an, daß der, daß die großen Metallindustrie im Ausland Guthaben auf Veranlassung der Regierung hätten anlegen können. Poincaré: Sie können und den Vorrat machen, nicht getan zu haben, wie das im Augenblick nicht in der Lage, Ihnen entgegen zu kommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es zwischen Poincaré und Herriot zu einem heftigen Zusammenstoß. Auf den Vorwurf eines Abgeordneten erklärte Poincaré, daß er das allgemeine Programm erst nach Abstimmung über die Finanzmaßnahmen bekanntgeben werde. Er sei überzeugt, daß, wenn jetzt eine allgemeine Debatte erfolgen würde, man zu keinem Ende käme. Herriot: Wenn man solche Worte hört, möchte man glauben, daß die Republik auf dem Tode stünde. — Poincaré: Ich lasse mir von niemand in republikanischen Dingen Anschläge erteilen. Ich glaube aber nun, daß heute sei im vorliegenden Falle der Ausblick auf die Regierung. Die Kammer beschließt mit 453 gegen 110 Stimmen auf Antrag Poincarés, heute vormittags eine außerordentliche Sitzung zur Prüfung der Finanzfragen abzuhalten.

Paris, 26. Januar. Der Abg. Daudet meldet sich zum Wort und nimmt in einer langen Rede sowohl für wie gegen die Finanzmaßnahmen Stellung. Wäher habe man in Frankreich erklärt, daß Deutschland bezahlen werde, jetzt sehe man ein, daß Frankreich selbst bezahlen müsse. Das beweise der Welt zum mindesten, daß Frankreich sich selbst zu helfen wisse. . .

Kurz vor Schluß der Sitzung erliefen sich zwischen Poincaré und Tardieu ein ungewöhnlicher heftiger Austritt. Poincaré erklärt in Gewandtheit auf Tardieu, daß er den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet habe. Tardieu: Sie haben aber das Projekt unterzeichnet, sonst helfen er dem Parlament unterzeichnet wurde. Poincaré: Die schamloseste Feilsche, die Sie in einem Augenblick geschrieben haben, als Sie noch nicht einmal Minister waren, werden der Öffentlichkeit demnächst mitgeteilt werden. Frankreich wird zwar auf Rechnung Deutschlands Verhältnisse leisten müssen, aber wir sind und bleiben noch immer die glänzenden Deutschen. Der Präsident der Republik hat keine Verantwortung, diese trägt allein die Regierung.

Unterzeichnung der Freundschaftsverträge

Die Verkörperung der kleinen Entente.
Rom, 26. Januar. Der italienisch-jugoslawische Freundschaftsvertrag ist gestern in Rom unterzeichnet worden, fast zu derselben Zeit, wo Poincaré und Vences in Paris das französisch-tschechoslowakische Bündnis ausrichteten.

Paris, 26. Januar. Dr. Vences hat gestern einem Empfang beigewohnt, bei dem Voribou den Vorsitz führte. Voribou feierte die Persönlichkeit des tschechoslowakischen Außenministers in einer längeren Ansprache, auf die Vences mit den Versicherungen antwortete, daß er seine politische Überzeugung Frankreich zu verdanken habe, er sei und werde ein großer Freund Frankreichs bleiben.

Lehren aus den Gemeindevahlen

Von Fritz Günther, Leutersdorf (O.V.).
Die letzten Gemeindevahlen nötigen auch uns als Mitglieder der Zentrumspartei zu einem Rückblick. Es gilt, aus den beobachteten Erscheinungen und Erfahrungen zu lernen, denn gar bald muß wieder jeder Wahlberechtigte an der Wahlurne erscheinen. Die kommenden Reichs- und Landtagswahlen sind nicht minder wichtig, als die eben gezeigten. Uns liegt natürlich viel daran, Staats- und Gemeindevahlen mit unseren Anschauungen zu beeinflussen. Notwendig dazu ist, daß die Zentrumspartei maßgebenden Einfluß erlangt. Die Abende der Zentrumspartei haben dem deutschen Patrioten viel zum Auf- und Abbau des neuerrichteten Reiches zu geben. Der frühere Reichskanzler Dr. Bethmann hat schon davon in seinem „Steuern Brief“ an den Abgeordneten Joss (siehe „Sächsische Volkszeitung“ Nr. 16) Wägen gerade seine Worte teilen lassen können.

Die Zentrumspartei in Sachsen ist in ihrer jetzigen Struktur erst nach dem Zusammenbruch gescheitert und führt in diesem Lande ein von vielen Seiten bedrücktes Leben. Das erklärt sich erhellend aus der Verdrängung, die von jeder Seite großen Bruchteil der Sozialdemokratischen Partei darstellte. Sie steht selbstredend zur Zentrumspartei in Konkurrenz, wie in auch die übrigen rechts und links von ihr stehenden Parteien. Diese Tatsache verlangt von den Angehörigen der Zentrumspartei treues Zusammenhalten, wenn sich das Wort bewahren soll: „Biel Fründ, viel Ehr.“ Glaubt man kann mit Freuden feststellen, daß sich die Anzeichen um Umkehr über die Zentrumspartei in den letzten Jahren gemäßig zu ihren Wählern gekehrt haben. Welchen Wert selbst Gegner der Zentrumspartei anerkennen, das konnte man erst dieser Tage in der liberalen „Sächsischen Volkszeitung“ lesen, die in einem Heftchen über die letzten Wahlen schreibt, daß in Sachsen die Regierungsmöglichkeit sich nur durch so schwierig gehalten, weil der verbundene haben der Zentrumspartei durchschicktes Verbleib und nicht wirklich fort; Wir wissen heute, daß durch das Vorhandensein der Zentrumspartei gerade im Reich und in Preußen manche ausbleibende Wirkung in den Parteigegensätzen erzielt worden ist. Wir sind immer dieser Meinung gewesen. Hätten wir in Sachsen auch nur einen oder zwei Zentrumsparteiangehörige, dann hätten wir wahrscheinlich die letzten Regierungskrisen nicht erleben müssen. Das, was hier von der hohen Politik angefaßt wurde, gilt auch für die Gemeindevolitik. Versteht man sich darauf, daß bei den letzten Wahlen nicht mehr Vertreter der Zentrumspartei eingesetzt sind in die Gemeindevollräte. War in ganz weichen Orten sind eigene Zentrumskomitees aufgestellt worden. Wie erkennen die Schwierigkeiten des eigenen Bestehens nicht, aber es muß viel bleiben, schon deshalb, damit ungeschulte Wähler bei anderen Wahlen nicht irre werden. Auf Grund der letzten Landtagswahlsergebnisse wären eigene Wäner auch in noch mehr Orten möglich gewesen, aber man kann, wenn man in den maßgebenden Instanzen ein ist und das Weitere damit erreicht. Das Beispiel von Pina zeigt, was bei längerem Zutritt und energischer Nacharbeit erreicht werden kann. Poincaré haben Einlagenverhandlungen mit Reichsparteien oder Wirtschaftskruppen zum Zutritt zur Regierung von Mandaten verhandelt. Aber dann muß Parole gehalten werden. Man hat von anderen Parteien und den Zentrumsparteiangehörigen eine treue Zusammenhaltenspflicht nach. Das muß sich über bewahren. Was die Mittelklasse auf Parteipolitik muß man aber sehen, wenn einzelne auf Grund persönlicher, beruflicher oder sonstiger Verhältnisse zur Parteipolitik herübergehen und den getroffenen Vereinbarungen die Abgeschlossenheit nicht, auch das war beim letzten Wahlkampf gelehrt. Was heißt aber da Einigkeit und Geschlossenheit? Das hat schon der Herrgott gesagt, daß die Verpächterung und demnach die Zentrumspartei soll und muß leben wegen ihrer hohen Gemeindevolitik. Eigenes Leben können entweder diese Gemeindevolitik leben sich einlassen. Das aber ist eines, was man nicht umbedingt. Gerade das keine Mädelin der Partei, die in Sachsen muß einig und geschlossen bleiben. Das ist die Pflicht der Oberen, sondern nur für solche, die wollen sind, wie man arbeiten am Volkwohl und an der Volkverehrung mit der christlichen Ehre. Nur das entspricht der Tradition und der Zukunftsgewissheit. Alle die mitarbeiten wollen, müssen gesammelt und dann planmäßig geschickt werden. Wir haben das Glück, in Sachsen eine Zeitung zu besitzen, die als ein Zentrumskomitee verfaßt. Ihr Arbeit unter Treue und Tapferkeit, daß sie die notwendige Verdrängung gewinnt. Soll man verschweigen, daß hier noch mancherlei zu tun ist? Warum nicht leben wollen? Wie weit es die fremde Pflege der Parteipolitik schenkt, das mag uns die selbstredend selbstredende Partei in Sachsen und in der Tschechoslowakei zeigen. Wie sollte man auch Zentrumspartei pflegen, wenn er Tag für Tag durch eine andergerichtete Verleumdung angegriffen und so langsam erdrückt wird? Das doch jeder seine nächsten Pflichten als tätiger Bürger im freien Volkswahlte erkennen müßte. Das muß oberstes Ziel sein, damit Wahrheit, Freiheit und Recht eine höhere Bedeutung haben.

In der noch immer Zentrumspartei in Sachsen, die in nur ein kleiner Teil an der großen Reichsorganisation ist, muß der Geist ihrer alten, bewährten Säulen immer großen Führer zur Zeit der Gründung des deutschen Reiches immer und immer wieder lebendig gemacht werden. In dieser Beziehung ist auch nicht zu verkennen, daß mancherorts noch frühere Verhältnisse bei Wahlen nachwirken, z. B. dort, wo man mancherorts noch Kandidaten sich Kandidaten auslösen und bestmögliche Kandidaten aufstellen, die aber höchstens einen politischen und keinen parlamentarischen Wert haben. Diese Wäner muß verdrängt werden, wenn nicht unabsehbare Schäden entstehen soll.

Für die kommenden Wahlen muß auch dem Wähler der Entmutigung vollständig entgegengebracht werden, der darin seine Wurzel hat, daß wir bei den letzten Wahlen verloren haben. Alle Parteifreunde werden mit mir der Meinung sein, daß noch lange nicht der letzte Mann erreicht ist, daß wie also noch Wäner helfen, und daß sich mancherlei Einzelgruppen gebildet werden könnten. Angedenken, daß es für viele Leute, die aus anderen Ländern kommen, nur nach innerem Kampf